

gesamten Arbeit des Staatsapparates liegt, und alle ihre Mitglieder tragen für die erfolgreiche Lösung dieser Aufgaben eine entscheidende Verantwortung. Sie können bei ihrer Verwirklichung auf den Errungenschaften unserer volksdemokratischen Ordnung aufbauen, die auf der Grundlage der Beschlüsse der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und unter ihrer Führung durch die Gesetze und Beschlüsse der Volkskammer der zweiten Wahlperiode (1954 bis 1958) erreicht wurden.

Die Volkskammer und die von ihr gewählte Regierung stellten in der vergangenen Wahlperiode das ständige Bemühen um die Festigung des Friedens in den Mittelpunkt ihrer gesamten Tätigkeit. Sie kämpften entschlossen gegen die NATO- und Atomkriegspolitik der westdeutschen Machthaber, sie vollzogen zur Stärkung der Friedenskräfte und zum Schutz der Deutschen Demokratischen Republik den Beitritt zum Warschauer Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand, sie schlossen den für die Festigung der Deutschen Demokratischen Republik und die Hebung ihrer internationalen Autorität so grundlegenden Staatsvertrag mit der Sowjetunion vom 20. September 1955 und den Freundschaftsvertrag mit der Volksrepublik China vom 25. Dezember 1955, sie unternahmen viele wichtige Schritte zum immer festeren Ausbau der Zusammenarbeit des sozialistischen Lagers unter der Führung der Sowjetunion. Von besonderer Bedeutung war dabei die Teilnahme einer Delegation der Volkskammer an der II. Konferenz der Präsidien der obersten Volksvertretungen der Deutschen Demokratischen Republik, der CSR und der Volksrepublik Polen im Mai 1957 in Berlin. Ein Höhepunkt dieser Tätigkeit aber war die Rede N. S. Chruschtschows vor der Volkskammer am 8. August 1957. Noch kurz vor Ablauf ihrer Wahlperiode unternahmen im September 1958 die Volkskammer und die Regierung wichtige Schritte zur Herbeiführung eines Friedensvertrages mit Deutschland, um damit auch den Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands zu erleichtern.

Der Kampf der Volkskammer und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik für die nationale Wiedergeburt Deutschlands als friedliebender und demokratischer Staat, der stets in untrennbarem Zusammenhang mit ihrer gesamten Friedenspolitik geführt wurde, ist in dieser Wahlperiode vor allem dadurch gekennzeichnet, daß unter den durch die antinationale Politik der westdeutschen Regierung der Monopolisten und Militaristen geschaffenen Bedingungen der Eingliederung Westdeutschlands in das aggressive NATO-System, der Einführung der Wehrpflicht und der Vorbereitung und Durchführung der atomaren Bewaffnung der von Hitlergeneralen geführten westdeutschen Armee der einzig noch reale Weg zur Vorbereitung einer Wiedervereinigung Deutschlands über eine Konföderation beider deutscher Staaten bei Verzicht auf atomare Waffen und Ausscheiden beider deutscher Staaten aus militärischen Bündnis-